

Schritte in die Politik

Noch bevor der Sommer 1977 begann, entwickelten sich neben der üblichen Arbeitsspitze Abitur auf dem Feld der Politik neue Herausforderungen. Der sich gern entscheidungsfreudig gebende Bundeskanzler Helmut Schmidt hatte zur Überwindung der Abhängigkeit von den Ölscheichen die aus seiner Sicht geniale Idee, dann eben ein, zwei, viele Atomkraftwerke bauen zu lassen. Die deutsche Atomwirtschaft hatte auf »think big« dafür gleich mal begonnen, über zweihundert Standorte zu diskutieren. Das war eine Steilvorlage für den Bundesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz (den »BBU«), der nach dem schon seit Jahren andauernden Widerstand gegen das Projekt Atomkraftwerk Whyl nun bis in die hintersten Winkel der Republik die Bürger alarmierte.

Als Landesjugendleiter des Alpenvereins verhielt ich mich zwar parteipolitisch strikt neutral, aber im Unterricht in Erdkunde nahm ich mir entsprechend dem mühelos verinnerlichten Auftrag zur Erziehung mündiger Bürger das Thema natürlich vor. Und als die Basis der SPD dazu einen Energieparteitag erzwang und einer meiner Schüler mit der Bitte kam, ihm dafür zur Einbringung durch die Jusos im Ortsverband ein paar Anträge zu schreiben, da tat ich dies gern. Einen gegen Atomenergie, weil die gefährlich ist. Einen für Förderung von regenerativer Energiegewinnung, weil das auch geht und keine Schadstoffe verbreitet. Und einen für den Bau von Pumpspeicherwerken, weil sie die Nutzung der ungleichmäßig verfügbaren regenerativen Energie optimieren können. Die Anträge wurden angenommen und standen dann im August zusammen mit über 150 anderen auf dem Energieparteitag zur Diskussion und Abstimmung. Und als wir von den schönen Touren in Norwegen und danach noch den Dolomiten zurückkamen, da hatte Helmut Schmidt gerade seine ganze Partei mit einer Rücktrittsdrohung erpresst, alle die schönen Anträge der Basis in den Papierkorb zu werfen.

Die spontane Empörung all der engagierten Leute, die die Installation einer so gefährlichen Technik ablehnten, ging tief. Auch ich gewann jetzt die Überzeugung, dass die SPD nur durch parteipolitische Konkurrenz dazu gebracht werden könnte, nicht nur die aktuellen Ungerechtigkeiten der Verteilung, sondern auch die ökologischen Zerstörungen und Risiken ernst zu nehmen und sie als eine Sonderform der Schädigung und Enteignung junger Menschen und künftiger Generationen zu begreifen. Dagegen wollte ich mich jetzt auch parteipolitisch aktiv engagieren. Und weil dies viele für Ökologie sensibilisierte Menschen ebenso sahen, wurde Schmidts Erpressung seiner SPD rückblickend die Zündung für die Entstehung der grünen Partei.

Dabei gab es Umwege. Ich hatte bereits vorher wahrgenommen, dass es mit der AUD eine Partei mit ökologisch vernünftigen Zielen gab. Die lagen zwar im Gemenge mit mir weniger wichtigen Themen und teils hölzerner Sprache, aber insgesamt fand ich das Programm akzeptabel. In Braunschweig hatte die AUD ein Dutzend Leutchen, die sich in Wohnungen trafen. Das wirkte etwas

obskur. Aber ich trat in die Partei ein und wurde auch gleich in den Kreisvorstand gewählt. Als solcher meldete ich einen Infostand an. Einen Tag nach meinem Beitritt berichtete die Lokalzeitung über die Gründung einer neuen Partei Grüne Liste Umweltschutz (GLU) mit dem Hauptziel Kritik an der Atomenergie. Ich wollte diese Leute kennenlernen und ging auch, zusammen mit ein paar anderen AUD-Leuten, zur Gründungsversammlung eines Braunschweiger GLU-Kreisverbandes. Da trafen sich Leute mit etwa der gleichen Motivation und ich meinte, dass wir doch zusammenarbeiten müssten. Aber prompt kam am nächsten Tage von der AUD-Zentrale eine schriftliche Anweisung, in der Öffentlichkeit sei die GLU als »zur Spaltung der ökologischen Politik gegründet« darzustellen. Dieser intolerante Ton und überhaupt diese absurde Situation eines Zwergenkampfes missfiel mir. Ich schrieb zurück, dass ich mich entsprechend meinen Überzeugungen äußere und doch nicht beim KBW sei und dass ich wieder austreten würde, wenn diese sprachregelnde Anweisung nicht binnen einer Woche zurückgenommen würde. Es kam keine Antwort. Also erklärte ich in aller Form meinen Austritt. Einen Tag später klingelte es an der Haustür und ein Herr Camman wollte mich sprechen. Ich bat ihn herein und er stellte sich als Angehöriger der politischen Polizei vor. Als Lehrer im öffentlichen Dienst wollte er mich warnen, dass die AUD eine rechtsextreme Partei sei. Ich sagte, dass ich gerade aus dieser ausgetreten sei, dass aber der Verfassungsschutzbericht eine solche Aussage nicht enthielt und ich zwar mit Anweisungen der Zentrale nicht einverstanden war, aber nichts Rechtsextremes bemerkt hätte. Er meinte, wenn ich ausgetreten sei, dann wäre ja alles in Ordnung und verabschiedete sich. Auf der Treppe begegnete er noch unserer gerade von der Schule kommenden Tochter Dagmar. Ich rief den Landesleiter der AUD an und informierte ihn, was da Verfassungsschutz oder politische Polizei so erzählten. Am nächsten Tag rief der AUD-Mensch zurück und berichtete, er hätte dem Verfassungsschutz die Hölle heiß gemacht, aber ihm sei hochoffiziell erklärt worden, ein Herr Camman sei nie in meiner Wohnung gewesen und ein solches Gespräch habe nie stattgefunden und ich sei offenbar ein Spinner. Ich war baff! In der Schule las ich gerade mit meinem Englisch-Kurs George Orwells »1984« und wie in diesem totalitären Staat öffentliche Meinung und Geschichte systematisch manipuliert wurden. Und nun hatte ich gerade selbst erlebt, dass auch in dieser tollen Demokratie, in der wir zum Glück lebten und auf deren Verfassung ich ernsthaft einen Eid abgelegt hatte, ein ausgewachsenes »Nichtereignis« stattfinden konnte. Ein Glück, dass auch meine Tochter den Mann gesehen hatte ...

Ich ließ mich durch den Vorfall nicht einschüchtern. Mein weiteres aktives Engagement erfolgte nun in der Grünen Liste Umweltschutz. Für die sammelte ein gewisser, im Landwirtschaftsministerium beschäftigter Herr Beddermann bienenfleißig und beredt in ganz Niedersachsen ökointeressierte Leute und gründete mit ihnen reihenweise GLU-Kreisverbände. Auch bei einer Veranstaltung in Braunschweig redete er in wohlgesetzten und erst mal plausib-

len Worten mit sonorer Stimme und zitierte aus der zuerst geheim gehaltenen Maihofer-Studie über die riesigen Schadensdimensionen von großen Atomunfällen, die der Bundesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) zugespitzt bekommen und prompt publiziert hatte. Mich wunderte nur, warum dieser so selbstsicher tönende Redner unter dem Tisch seine Beine ganz fest umeinander geschraubt hatte. Das sah aus, als habe er Angst und als wolle er sich an sich selbst festhalten. Was stimmte da nicht?

Mit der Delegation der Braunschweiger fuhr ich auch zur ersten Landesversammlung der GLU ins ostfriesische Pennigbüttel. Aus ganz Niedersachsen waren da zu diesem Akt über zweihundert einander wildfremde Leute versammelt. Sie teilten die Sorge um die Bedrohung der Lebensgrundlagen und brachten Lebenserfahrung mit und waren meist sensibel und nachdenklich. Mich überraschte nicht, dass viele Lehrer darunter waren, weil wir ja quasi von Berufs wegen immer auch die Zukunft der Schülerinnen und Schüler zu bedenken haben. Was uns einte, war die Skizze eines ökologisch orientierten Programms und der Beitritt zu einem der neu gegründeten Kreisverbände. Es galt nun, für die anstehende Landtagswahl die Kandidaten der Landesliste aufzustellen. Das war eine Art politischer Urknall. Idealistische und realistische Vorstellungen, Ängste, Konzepte sinnvoller Lösungen, Ärger über in Aktionen erlebte Bevormundungen wirbelten im Chaos. Nach intensiver und mühsamer und streitbarer und lauter und kluger Diskussion wurde tatsächlich eine Liste fertig und fand auch die Mehrheit der anwesenden Delegierten. Am Kopf der Liste stand nicht der Name Beddermann, sondern der vom Widerstand gegen das geplante Atomklo Gorleben bekannte Martin Mombauer. Erschöpft fuhren wir nach Hause, mit der neuen Aufgabe, das Beschlossene zu verbreiten. Was mit dem Verteilen von Handzetteln in Tausende von Briefkästen und dem Aufstellen und Begleiten von Infoständen auch Knochenarbeit war.

Bei der Landtagswahl erhielt die GLU dann 3,9 Prozent der Stimmen. Das war nicht genug für den Einzug in den Landtag, aber es kostete vor allem die SPD Stimmen, sodass die CDU im Landtag weiter regieren konnte, obwohl sie mitten in der Wahlperiode davor nur durch den skandalösen Kauf einiger FDP-Mandatsträger die Regierung übernommen hatte. Nach der Wahl ging der als Parteigründer so eifrige Herr Beddermann dann bei der Landesversammlung in Liebenau mit finsterem Gesicht ans Rednerpult, rollte mit den Augen, erklärte die GLU mit gehetztem Blick nach links und rechts als »kommunistisch unterwandert« und trat zurück. Offensichtlich in der Hoffnung, die auf ihn als Gründer fixierte GLU würde nun wie eine ihres Leithammels beraubte Schafherde wieder auseinanderlaufen.

Aber wir waren keine willenlose Herde, die kritische Masse war schon beisammen und die Kettenreaktion lief weiter. Die um das Thema Umweltschutz versammelten Leute waren schon zu einig geworden, dass dieses Thema wichtig war. Sie schafften es, weiterzumachen und auch die damit verbun-

denen Konflikte und Arbeiten zu bewältigen. Das brachte für die darin engagierten Leute neue Erfahrungen und neue Erkenntnisse und Bekanntschaft mit vielen Menschen, die ähnlich dachten und das war eine Herausforderung an Kreativität und war zugleich pralles Leben und machte auch Spaß. Aus der anfänglichen Idee, die Ökobewegung müsse nur durch Aktionen und Demos die SPD wecken und zur Aufnahme der neuen Themen zwingen, wuchs allerdings bald die Erkenntnis, dass es doch nötig war, die Grünen auf Dauer zu planen und selbst ein Machtfaktor zu werden. Und das bedeutete Arbeit ...

Etwa selbst weiterhin mit auf die großen Demonstrationen zu gehen. Mit denen wollten wir vor allem auf die gewaltigen Gefahren der Nutzung der Atomenergie hinweisen. Wir waren sicher, dass wir dazu von unseren Kindern ebenso kritisch gefragt werden würden wie unsere Generation unsere Eltern über die Machtergreifung der Nazis und deren Verbrechen gefragt hatte: »Ihr habt das doch kommen sehen – was habt ihr selbst dagegen getan?«

So fuhr ich zusammen mit einigen anderen ersten bekennenden Grünen auch mit zur Brokdorfdemo. Im Bus dorthin wurden wir, auf der Fahrt zur grundgesetzlich garantierten Ausübung unseres Grundrechtes auf freie Meinungsäußerung, von Polizisten ganze sieben Stunden lang auf einem mit Stacheldraht und Scheinwerfern auf DDR-Grenze-Look gestylten Parkplatz festgehalten. Das war schon eine ungeahnte Erfahrung. Nachdem im Bus das einzige Klo überlief, wurden wir erst nach langen Verhandlungen doch mal zum Pinkeln rausgelassen. Diese Gnade gewährte man uns nur aufgereiht am Rand des Asphalts und unter Bewachung von bärbeißig mit Maschinenpistolen bereitstehenden Polizeikräften ... Auf der großen Wendlanddemo im März 1979 in Hannover erlitten wir zwar keine Repressalien von der Polizei, aber es gab Anlass, uns immer wieder um Kofferradios zu scharen. Schließlich wollten wir mitkriegen, ob der gerade an diesem Tag im fernen Harrisburg außer Kontrolle geratene Reaktor nun schon durch eine Knallgasexplosion in die Luft geflogen war oder ob den bereits einer gewaltigen radioaktiven Dusche ausgesetzten Menschen der Umgebung dort wenigstens dies erspart bliebe ... Im Oktober 1979 in Bonn, zusammen mit inzwischen 100 000 ebenso Motivierte auf der Hofgartenwiese, erfuhren wir wegen der Verfügbarkeit von nur einer einzigen Toilettenanlage wieder drastisch, wie heftig zeitweise die logistischen Probleme der Entsorgung unserer persönlichen Bioreaktoren alle anderen Themen überlagern können ...

Die eigentliche Partearbeit mit Sammeln von Gleichgesinnten und Spenden, Erarbeiten von Programmen, Aufbau und Betreuung einer Geschäftsstelle, Erfüllen der Formalien für Teilnahme an Wahlen, Entwerfen und Drucken und Verteilen von Flugzetteln, Organisieren von Veranstaltungen und eigener Willensbildung und immer wieder Präsenz dazu fraß die verfügbare Freizeit auf und ich kam nur noch selten zum Klettern. Aber wir hatten bei diesen Tätigkeiten das Gefühl, in dieser politischen Situation genau das Richtige und Nötige zu tun. Der Gewinn war ein reines Gewissen.



Grüne vor Demo: links RG.

Natürlich gab es auch frustrierende Erfahrungen. Angeregt vom akademisch wirtschaftswissenschaftlichen Begriff der externen (oder »sozialen«) Kosten schrieb ich einen kämpferischen Aufsatz, dass man die bei Produktion und Konsum nebenher verursachten Kosten für Umweltschäden doch nun endlich mal den Verursachern aufbrummen müsste, als ökonomischen Hebel zur Vermeidung dieser Schäden, wenn ich dabei auch nicht schon auf den handlichen Begriff »Ökosteuer« kam. Als ich den Aufsatz dem SPIEGEL für seine Rubrik Essay anbot, erhielt ich ihn jedoch mit einem freundlichen Schreiben zurück, dass das zwar interessante Gedanken seien, ich aber leider nicht einen klangvollen Namen als Autor hätte – wenn ich Erhard Eppler geheißen hätte, dann wäre er wohl gebracht worden ... Die Idee der Ökosteuer fand nach 2000 Eingang in das Regierungshandeln, wenn auch bisher nicht konsequent.

Nachdem wir bei der Bundestagswahl und der Europawahl nur Zählkandidaten aufstellen konnten, ging es 1981 bei der Kommunalwahl erstmals mit der Aussicht auf Mandate ins Rennen. Ich war Spitzenkandidat und hatte deshalb jetzt auch die seit 16 Jahren im Alpenverein ausgeübten Rollen als Jugendleiter abgegeben und wir rechneten damit, dass ich in den Rat einziehen würde. Am Wahlabend wurden es dann für uns vier Sitze. Mir fiel ein Stein vom Herzen! So war ich nicht nur Einzelkämpfer, sondern wir konnten die Sache arbeitsteilig und mit wechselseitiger Unterstützung angehen. Wir hatten sogar Fraktionsstärke und einen Sitz im Verwaltungsausschuss und bekamen von der Stadt ein Büro und zwei Angestellte bezahlt und konnten sogar einen Ausschussvorsitzenden stellen. Und so erlebten wir in dieser politisch verkrusteten Bundesrepublik die aufregende Situation, selbstständig und ohne fremde Vorgaben zu bestimmen, was wir als langfristig vernünftige und sozial ausgleichende Politik ansahen. Zum Einzug in den Rat übergab ich dem neuen Oberbürgermeister Scupin als Präsent ein Fläschchen mit einer aus einer VW-Giftmülldeponie unweit von einem der Wasserwerke der Stadt geschöpften Flüssigkeit. Die von unserem zuarbeitenden Naturschützer am gleichen Ort verendet geborgene und bestialisch stinkende Ente fügte ich diesem Präsent nicht bei. Nicht nur aus Rücksichtnahme. Aber mir wäre bei der Übergabe vielleicht selber mein Frühstück aus dem Gesicht gefallen ...

Natürlich wurden erst einmal alle unsere Anträge abgeschmettert, weil sie entweder offene Türen einrannten oder völlig Unmögliches forderten oder beides zusammen und überhaupt. Aber so mancher unserer Anträge wie etwa der, das neue Heizkraftwerk gleich mit Rauchgasreinigung zu bauen, statt nur

mit einem 150 Meter hohen Dreckverteiler, tauchte wenig später in ähnlicher Form als Antrag der anderen Parteien wieder auf und ging nun – oh Wunder! – glatt durch. Wir waren baff. Nicht zugeben zu können, dass wir da konstruktive Ideen hatten, das wirkte wie die Trotzreaktion kleiner Kinder ...

Gelegentlich gab es auch bei der Ratstätigkeit etwas zu klettern. So beim Anbringen und Wiedereinsammeln von Wahlplakaten. Oder bei einer (natürlich im schönsten Rotpunktstil und behutsam getätigten) Besteigung unserer auf einem Kalksteinsockel stehenden altehrwürdigen Bronzeplastik Burglöwe, um den zur Unterstreichung unserer Forderung nach Rauchgasreinigung als sinnfällige Aktion publikumswirksam à la Christo in Plastikplanen zu verpacken ... Und natürlich warben wir mit eigenem Beispiel und einer selbst erstellten Karte flotter Radverbindungen für das vernünftigste innerstädtische Verkehrsmittel Fahrrad ...

Später wurde ich einmal von einem Menschen der anderen Fraktionen gefragt, wie wir dieses systematische Mobbing der ersten zwei Jahre eigentlich ausgehalten hätten. Worauf ich antwortete: »Wir haben uns bemüht, realistische Erwartungen zu haben.« Natürlich war es für die anderen eine verunsichernde Infragestellung ihrer als ihnen zustehend verinnerlichteten Volksvertretungsprivilegien, dass wir auftauchten und einfach auch Forderungen stellten, die sie in Selbstzensur und Anpassung an Sponsoren schon lange als unerreichbar verinnerlicht hatten. Wie etwa die, auch die langfristigen Auswirkungen der aktuellen Entscheidungen zu bedenken, im Sinne von unserem schönsten Plakat: »Wir haben die Erde nur von unseren Kindern geborgt«.

Besonders drastisch wurde das in einer von uns angezettelten, knubbelvoll besuchten Podiumsdiskussion. Ihr Thema war die vom Stadtbaurat am Ende der letzten Sitzung vor der Sommerpause per Tischvorlage klammheimlich versuchte Höherstufung der Dringlichkeit des Baues einer neuen Stadtautobahn. Die sollte durch ein idyllisches Kleingartengebiet auf der Rückfront dicht bewohnter Häuserzeilen führen. Vor einem mit Anliegern voll besetzten Saal hatte der sehr wirtschaftsnah vernetzte Fraktionsvorsitzende der SPD die Instinktlosigkeit, ~~an-~~ vor dem überwiegend älteren Publikum des Stadtteils im gnadenlosen Futur zu tönen: »Die kommt erst nach 2000«. Mit der zwar unausgesprochenen aber doch offensichtlichen Begleitbotschaft »wenn ihr alle schon unter der Erde seid«. Der losbrechende Sturm der Entrüstung verblüffte ihn sichtlich, und als wir danach drüber sprachen, konnte ich mir nicht verkneifen zu sagen: »... den Leuten ist eben nicht egal, was nach ihnen mit dem geschieht, was sie jetzt als lebenswert und wichtig ansehen«. Die Diskussion mündete in die Gründung einer Bürgerinitiative und in das Sammeln von fast 10 000 Unterschriften dagegen. Die Stadtautobahn ist auch bis heute nicht gebaut und niemand will sie mehr haben ...

Es gab auch skurrile Ereignisse. So attackierte uns in einer Debatte um Millionenzuschüsse für den Profi-Fußballverein Eintracht Braunschweig der SPD-Boss Gerhard Glogowski als »sportfeindlich«. Ich konterte, dass wir so viel Geld lieber für den unterfinanzierten Schul- und Sozialbereich ausgeben wollten, wir aber gern aktiv Sport trieben und für das nächste Wochenende ihn und die anderen Fraktionsvorsitzenden zu einem Wettkampf über 10 Kilometer im Querumer Forst einladen würden. Woraufhin der schon etwas fülligere CDU-Vorsitzende und Polizist Wolfgang Sehrt die Herausforderung wacker annahm. Darauf ging nach etwas Getuschel Glogo ans Pult und sagte, als hätten wir ihn nicht selbst herausgefordert und als wäre Sport nur das Setzen von Schachfiguren, »Wir lassen Tesch laufen!« Am Tage des Wettstreits glänzte nicht nur Glogo selbst, sondern auch sein gesetzter Vertreter durch Abwesenheit. Nur der CDU-Vorsitzende war gekommen. Und ein Journalist. Angesichts der klar überlegenen Fitness der anwesenden halben grünen Ratsfraktion ersetzten wir den Wettkampf durch einen gemeinsamen lockeren Waldlauf. Einen Angriff auf die Grünen als »sportfeindlich« gab es nie wieder.

Ebenso skurril, aber ernsthafter war ein anderer Vorgang. So berichtete mir unsere agile Fraktionsgeschäftsführerin Gisela Buddée, da hätte ein Mensch vom Verfassungsschutz in Hannover angerufen und wolle mich dringlich persönlich sprechen. Ich nahm an, es sei wegen eines Fraktionskollegen, der mal bei einer kommunistischen Splittergruppe gewesen war und lehnte ab. Aber der Mann ließ sich nicht abwimmeln und reiste extra von Hannover an und fing mich nach einer Ausschusssitzung ab. Ich wickelte das Gespräch demonstrativ ganz öffentlich auf dem Rathauskorridor ab und fragte ihn, womit er denn meinen Kollegen anschwärzen wollte, den ich als solidarischen Mitstreiter erlebte. Aber er meinte, wegen so was käme er gar nicht, sondern wolle mir nur einen Namen sagen. Und wie ein Abziehbild des Sesamstraße-Männchens mit der 8 die Hand schräg vors Gesicht haltend raunte er mir in genau dessen verschwörerischem Ton zu: »Knochenhauer«. Ich sagte, dass ich nur einen Menschen dieses Namens kenne, der Mitglied der Bergwacht in Thale (DDR) sei, dem ich mal schriftlich erbetene westliche Fachbücher über Bergrettung besorgt hatte und der mich einige Wochen zuvor von einer Familienfeier im Westen aus angerufen hatte. Dessen Vorschlag für ein Treffen hatte ich aus Zeitgründen ablehnen müssen, aber ihm gesagt, dass er andere Kletterer im Okertal treffen könne. »Genau der!«, rief der Schlapphut. Er erzählte dann, dieser Knochenhauer habe im Okertal Kletterern erzählt, dass es im Bodetal schöne Felsen gäbe und wenn sie auch wegen Naturschutz allgemein verboten seien, so könne die Bergwacht dort doch zur Übung klettern und auch mal jemanden als Gast mitnehmen. Und nun wollte er mich warnen, denn wenn ich solch ein Angebot annähme und dann jemand um die Ecke käme und das feststellte, dann wäre ich als Verstößer gegen Naturschutz doch gerade als Grüner erpressbar für Spionagedienste. Ich musste schallend lachen. Dass ich mich gerade als Grüner angesichts all der ökologischen Sauereien der DDR von Bitterfeld bis Wismut mit einem von Eingeborenen betreuten Ausflug in ein Naturschutzgebiet nicht schuldig und auch nicht erpressbar fühlen würde, darauf war er nicht gekommen. Er hatte offenbar nur Bestimmungen im Kopf und nicht Verhältnismäßigkeit. Und er flehte mich dann geradezu an, seinen Hinweis nicht weiterzuerzählen, was ich aber nicht versprach. Dass in der freiheitlichen BRD mit all ihren garantierten Grundrechten der Verfassungsschutz große Ohren bis in informelle Gespräche an Okertalfelsen machte, das empfand ich schon als Hammer ...

Besonders unter die Haut gingen mir einige Erfahrungen bei der Israelreise zur Begründung einer Städtepartnerschaft mit der Stadt Kyriat Tivon. Als wir ankamen, versperrte uns eine kleine Demonstration den Weg mit Postern: »There is blood on your hands!« Da waren Menschen immer noch so lebendig durch die Verbrechen des Holocaust verletzt, dass ihnen eine Partnerschaft mit einer deutschen Stadt unzulässig erschien. Zugleich klagten sie zumindest die Jüngeren unter uns pauschal in einer Art Sippenhaftung als zugehörig zu den Tätern an. Dabei waren doch zumindest auch mehrere andere Delegationsmit-

glieder ebenso wie ich zur Zeit dieser Verbrechen nur kleine Kinder gewesen. Irgendwie wollte ich reagieren. Und weil sie die deutsche Sprache offenbar nicht benutzen wollten, sagte ich in Englisch einem der Demonstrierenden meinen Namen, mein Alter und dass eine meiner Töchter im letzten Sommer bei einer Freizeit ihrer Konfirmandengruppe in einem ehemaligen KZ in Polen bei der Konservierung von Bergen von Schuhen mitgearbeitet hatte, damit diese als letzte sichtbare Relikte der dort getöteten Menschen als Mahnung erhalten werden. Der Angesprochene sagte nichts und verzog keine Miene, hörte aber offenbar zu.

Bei unseren privaten Gastgebern fanden wir herzliche Aufnahme. Aber an einem Abend waren wir in kleinem Kreise zu anderen Gastgebern zum Essen eingeladen. Und als wir begannen die Suppe zu löffeln, da eröffnete der Hausherr rasch das Gespräch mit dem Hinweis auf die nur begrenzt verfügbare Zeit und dass sie deshalb auf Smalltalk verzichten wollten und stellte sich vor und sagte: »Meine Frau war in Buchenwald und ich in Auschwitz und das nicht als Touristen.« Das Essen blieb uns im Halse stecken. Aber es ging ihm nicht um Vorwürfe an uns, sondern um den Versuch, das mehrfache Dilemma der Israelis zu erläutern, die seit dem Jom-Kippur-Krieg viel mehr Land kontrollierten, als sie mit ihrer Bevölkerung nutzen könnten und dass sie weite Teile davon um des Friedens willen und um echter Demokratie willen den Palästinensern zurückgeben müssten. Er fürchtete jedoch, dass die vielen jüdischen Einwanderer aus Ländern ohne demokratische Tradition zu wenig Gespür für diese Notwendigkeit hätten. Dabei waren in seiner Argumentation ständig 5000 Jahre Geschichte präsent, und zugleich sah er auch schon mit Sorge alle die Entwicklungen zur Isolierung seines Landes voraus, die in den folgenden Jahrzehnten tatsächlich entstehen sollten ... Gegen Ende des Aufenthaltes pflanzten wir Mitglieder der Ratsdelegation und die Sprecher der Gemeinde Kyriat Tivon gemeinsam feierlich einige Bäume. Die Demonstranten tauchten wieder auf. Diesmal zeigten sie andere Poster: »Is there another Germany?«

Vor der Rückreise hatten wir noch etwas Zeit in Tel Aviv. Dort sprach mir hinter der Strandpromenade plötzlich eine herrliche weiße Bruchsteinmauer den Kletterreflex an und ich begann mal eben so hinaufzuklettern. Mein christdemokratischer Ratskollege Wolfgang, den ich zwei Monate zuvor mit einer Delegation des Sportausschusses von der Braunschweiger Hütte am Seil über den Gletscher auf den Linken Fernerkogel geführt und danach allen Spalten und allen Unterschieden in den politischen Überzeugungen zum Trotz wieder heil zurückgebracht hatte, hinderte mich freundlicherweise daran. Er hatte mitgekriegt, dass die Mauer Teil der US-Botschaft war und ein erfolgreicher Ausstieg von hellwachen Wachen nicht unbedingt als rein sportliche Leistungsprobe verstanden worden wäre. Richtig übel war allerdings gleich danach die Erfahrung, wie in einem Lokal der gleichen Strandpromenade von Tel Aviv ein der SPD-Fraktion angehöriger Reserveoffizier mir nach dem dritten Bier in saalfüllender Lautstärke bölkend abnötigen wollte, dass ich doch auch als Grüner nicht gegen

die SS-Nachfolge-Organisation HIAG sein könne, weil die doch nur Traditionspflege betreibe. Ich schämte mich für ihn so, dass ich am liebsten im Boden versunken wäre. Und wieder zu Hause verkniff ich es mir nicht, ihn deswegen bei seinem Fraktionsvorsitzenden zu verpetzen ...

Gegen Ende der Wahlperiode erreichte uns nach dem Atomunfall von Tschernobyl plötzlich dessen Fallout hautnah bis in unsere Nahrung und zum Kinderspielplatz und bedrohte uns selber erstmalig ganz konkret. 60 000 Becquerel auf dem Schulhof, 100 000 Becquerel auf der Rollschuhbahn, 750 000 Becquerel am Ufer eines Sees im Erholungsgrün der Stadt, das griff tief ein in elementare Selbstverständlichkeiten des täglichen Lebens. Es war überhaupt nicht schön, mit unseren Warnungen vor atomaren Risiken Recht zu behalten. Aber uns überraschten die Abläufe und Dimensionen der Ereignisse nicht und wir konnten sie einschätzen. Weil wir uns gegen diese gefährliche Technik zusammengefunden hatten und nicht die etablierte Energiepolitik zu verteidigen brauchten, konnten wir Grüne dazu als einzige ohne ein Interesse am Herunterspielen der Ereignisse sprechen. Und wir erlebten uns dabei zum ersten Male mit der breiten Mehrheit der Bevölkerung einig ...

Auch beim Alpenverein löste die Großkatastrophe Tschernobyl eine besondere Aktion aus. Am Ende der Hauptversammlung in Bamberg schlug wie eine Bombe die Nachricht ein, dass eine Gruppe norddeutscher Jugendleiter im Wendland auf dem Grenzstreifen zwischen DDR und BRD ein Zeltlager aufgeschlagen hatten. Sie wollten so angesichts des aktuellen GAUs gegen Atomenergie in Ost und West protestieren. Dass dies mit dem Etikett Alpenverein dem auf Verteidigung der deutschen Atomkraftwerke gepolten CSU-Innenminister Zimmermann angetan wurde, bereitete der diesem politisch sehr nahen AV-Spitze große Pein. Zumal ich zur Zeit der Demos gegen die Pershing-Aufstellung bei der Hauptversammlung in Mainz öffentlich das mir von Tochter Dagmar mitgegebene lila Kirchentags-Halstuch gegen Massenvernichtungswaffen getragen hatte, stand ich sofort im Verdacht, hinter der Aktion zu stecken. Zu Unrecht. Die Jugendleiter hatten das alles selbst ausgeheckt und organisiert. Sie hatten mich auch bewusst nicht eingeweiht, um mir Loyalitätskonflikte zu ersparen. Aber ich verhehlte nicht meine Sympathie für die Aktion. Und äußerte mein Unverständnis darüber, dass der Vorstand den gleichfalls überraschten Bundesjugendleiter Klaus Umbach attackiert hatte, als hätte der das selbst veranlasst. Als Fritz März dann mit einer forsch formulierten Unterwerfungserklärung nach Hannover kam, um sie den Jugendleitern ultimativ zur Unterschrift zu präsentieren, da sah er neben den über zwanzig im Saft ihrer jungen Jahre stehenden Sportkletterern doch ganz schön alt und piepsig aus. Das waren ja offenbar gar keine hergelaufenen Revoluzzer, sondern richtige Kletterer, von denen der Wortführer Henning Böhmer sogar die Direkte Nordwand der Großen Zinne durchstiegen hatte. Ins Horn des großen Vorsitzenden März tutete nur die jetzt auch im Hauptausschuss sitzende und

auf gleicher Wellenlänge liegende Celler Sektionshauptidein Ilse Dehn. Ich wartete erst mal ab und ließ die Unversöhnlichkeit der Positionen so richtig deutlich werden. Dann watschte ich den Vorsitzenden ab ob seines Angriffs auf den Bundesjugendleiter und sagte, dass der Alpenverein eines Tages noch mal stolz sein würde auf diese Aktion aus den Reihen seiner Jugend. Dann jedoch auch, dass der Alpenverein seine Jugendleiter doch brauche, ebenso wie diese den Alpenverein zum Leben und Verteidigen ihres tollen Sportes. Alle hrten gespannt zu. Danach steckten die Jugendleiter die Köpfe zusammen. Und erklärten anschließend, dass sie keine Dauerkonfrontation suchten, aber dass sie eine Erklärung dazu selbst formulieren und auch unterschreiben würden. Was sie auch taten. Fritz März fuhr damit fröhlich nach Hause. Es war zwar ein ganz anderer Text als seine Unterwerfungserklärung, aber er befriedete die Situation. Und seit diesem Abend hatte er endlich verstanden, dass ich nie dazu angetreten war, den Alpenverein zu demontieren, sondern nur wollte, dass er sich deutlicher den quicklebendigen Ideen von ökologischer Nachhaltigkeit und demokratischer Teilhabe öffnete.

Mit der Schule ließen sich die kommunalpolitischen Aktivitäten vereinen. Sie lieferten mir dauernd aktuelle und ortsnahe Beispiele für lebendigen Unterricht in Erdkunde. Und dass ich einmal den halben Vorstand der Braunschweiger Jungen Union in einem Kurs hatte, war eine extra Herausforderung zum bewussten üben von Toleranz und Respekt auch gegenüber anderen Meinungen, selbst wenn sie teils unausgegoren vorgetragen wurden. Aber dies waren eben genauso junge Menschen, die sich ausprobierten, wie anders geprägte. In diesen Jahren hatte ich meine Stundenzahl um ein Viertel reduziert und wählte die Ausschüsse so, dass die Sitzungstermine möglichst in meiner unterrichtsfreien Zeit lagen. Ein Elternvertreter brachte mir mal in einem privaten Gespräch rber, dass die Eltern sehr wohl wahrnahmen, wie wenig von meinem Unterricht wegen der Ratsttigkeit ausfiel und dass sie mir das hoch anrechneten. Bei einem Mandatsträger seiner eigenen Partei sähe er ja, dass man das auch ganz anders handhaben konnte ...

Mit dem Klettern ging es in den normalen Arbeits- und Sitzungszeiten schon schwieriger. Dafür blieben gewöhnlich nur wenige Stunden in der Woche übrig. Die nutzte ich bei brauchbarem Wetter meist für Kurzvisiten im Okertal. Dort kletterte ich dann Touren im Bereich bis V solo und kriegte im herrlichen Flow mit tollem Körpergefühl rasch mal in zwei oder drei Stunden tausend bis zweitausend Klettermeter zusammen. Daneben hatte mich Susanne erfolgreich zu regelmäßigen 10-Kilometer-Läufen und zu gelegentlichen Orientierungslufen animiert, und so ließen sich trotz der vielen Sitzarbeit Kletterfitness und Grundkondition ganz gut halten. Dass ich von Tochter Dagmar in diesen Jahren mal mit dem Spielzeug-Frosch verglichen wurde, der immer ganz plötzlich aufspringt und irgendwohin hpft, war eine leider nur zu oft und nur zu genau treffende Kritik ...